

Credit Insight: 4. Mai 2021 / VEG & DAM

Die Sugar-Daddies und ihre Zombie-Banken

Wie man ungeliebte Einlagen in unbeliebte Auslagen verwandelt

Deutsche Banken sind nicht die feurigsten Anhänger einer Vergemeinschaftung der gesetzlichen Einlagensicherung in der EU. Zurecht fordern sie angemessene Transparenz, Fortschritte beim Risikoabbau und eine saubere Zuordnung von Erfolg, Risiko und Haftung, bevor ein weiterer Umverteilungsmechanismus die Welt beglücke. Ihr Widerstand ist angesichts der hohen Kosten für europäische Bankenabgabe, gesetzliche Einlagensicherung und nationale Bankensteuern nachvollziehbar. Legt man die Zahlen von Commerzbank und Deutsche Bank zugrunde, erreichten deren Pflichtbeiträge zwischen 2016 und 2020 im Durchschnitt etwa 40 bis 50 Prozent ihres um Restrukturierungskosten und Goodwill-Abschreibungen bereinigten Ergebnisses vor Steuern. Auch bei ING DiBa und Unicredit Bank (HVB) waren sie mit rund 9% materiell.

Wahrhaft mäzenatisch aber wirken Commerzbank, Deutsche Bank, HVB und ING als die wichtigsten Beitragszahler der freiwilligen Einlagensicherung des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB), ungeachtet erster Reformen im Oktober 2017. Nach unseren Schätzungen belastet die Insolvenz der Greensill Bank jede von ihnen in den nächsten Jahren mit zusätzlich grob EUR 0.3 Mrd.

Welchen handfesten betriebswirtschaftlichen Nutzen haben diese vier Banken aus ihrer Mitgliedschaft in der freiwilligen Einlagensicherung, welchen ihre Aktionäre und institutionellen Gläubiger? Ist es wirklich die Erwartung, damit eines Tages den eigenen Einlagenkunden und Schuldscheingläubigern einen Gefallen tun zu können? Solch eine Insider-Information über ihre eigene Risikohaftigkeit, ihre eigene Bonität wäre für institutionelle Gläubiger – bildlich gesprochen – natürlich Gold wert und sollte ohne Zweifel zum Abbau von Engagements führen. Das kann wohl nicht die Absicht sein.

Kundenberater von Commerzbank, Deutsche Bank, HVB und ING versuchen, ihre Kunden von der Unverzichtbarkeit von Negativzinsen zu überzeugen. Die IT der vier Banken ringt um Investitionsbudgets, während dank ihrer tätigen Mithilfe Plattformen gedeihen und den Wettbewerb weiter anheizen. Ihre M&A Teams kalkulieren mühsam, welche (Dis-)Investitionen sich ihre Bank leisten will und kann. Ihre Kundenbetreuer kämpfen bei Automobilherstellern um Kreditmarge und Cross-Selling, während sie gleichzeitig die Passivseite der Hersteller-Banken subventionieren. Opportunistische Finanzinvestoren erhalten dank freiwilliger Einlagensicherung (zu) billige Passiva und finanzieren international spekulative Portefeuilles und Kunden, die ihre eigenen Risiko- und Renditevorstellungen nicht mehr erfüllen. Ihren mehrheitlich nicht verwöhnten Aktionären droht die lang ersehnte Dividende zwischen den Fingern zu zerrinnen. Und dennoch zahlen Commerzbank, Deutsche Bank, HVB und ING jetzt mehr für die tote Greensill Bank, als sie jemals für die lebendige bezahlt hätten.

Nach einem mickrigen Betrag für 2017 wies die Bilanz der Greensill Bank für 2018 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von null Euro auf. In der Bilanz 2019 fehlte dieser Passivposten vollkommen – für eine Bank sehr ungewöhnlich. Entweder haben die für Gegenpartierisiken verantwortlichen Mitarbeiter der Banken gute Arbeit geleistet und Gehör gefunden. Oder die Vorstände der Banken haben aus anderen guten Gründen der Greensill Bank Kredit verweigert. Beides verdiente Anerkennung. Oder die Greensill Bank wollte von sich aus weder bei Geschäftsbanken noch bei der EZB Geld aufnehmen, warum auch immer. Welcher Deutung man auch den Vorzug gibt: selbst für ungeübte Bilanzleser gab es hier Grund genug für Misstrauen und Vorsicht. Und dennoch zahlen Commerzbank, Deutsche Bank, HVB und ING jetzt mehr für die Greensill Bank, als sie ihr jemals an Kredit gewähren wollten.

Die vier grossen Beitragszahler verweisen auf Reputationsaspekte und, vereinzelt, auf frühere Vorteile bei der Markteroberung. Angesichts der Einlagenflut und des zunehmend erbittert geführten Abwehrkampfes dagegen überzeugen diese Argumente nicht. Als unabhängige Kreditanalysten sehen wir für Commerzbank, Deutsche Bank, HVB und ING weder einen greifbaren Vorteil aus ihrer Mitgliedschaft in der freiwilligen Einlagensicherung noch einen betriebswirtschaftlich relevanten Nachteil im Falle ihres Ausscheidens. Den übrigen privaten Banken bleibt es schliesslich unbenommen, weiter funktions- und bedarfsspezifisch zusammenzuarbeiten, ohne dass dabei eine schnöde Subsidieneempfängerethik obsiegt.

Wenn ihre Geschäftsmodelle so überzeugend, ihre Vorstände, Aufsichtsräte und Gesellschafter so verantwortungsvoll und ihre Finanzlage so robust ist, wie es die allermeisten deutschen Banken wohl für sich in Anspruch nehmen, wozu braucht es dann noch eine freiwillige Einlagensicherung? Und wenn es an diesen Punkten hapert, gibt es für die vier Grossbanken erst recht keine Rechtfertigung, gehören sie doch regelmässig zu den Zahlern, die Opportunisten, Hasardeuren und Pechvögeln quasi einen kostenlosen Lunch anbieten. Durch ihr Mitwirken alimentieren sie eine Marktstruktur, die wesentlich zu ihren mehrheitlich unbefriedigenden Ergebnissen im Privat- und Firmenkundengeschäft beiträgt.

Ökonomisch lässt sich kaum begründen, warum man für Deutschland eine freiwillige Einlagenabsicherung für unverzichtbar hält. Offensichtlich kommen reiche wie arme Volkswirtschaften in Europa und Nordamerika ohne solch ein System aus, auch dort, wo genossenschaftliche und z.T. auch öffentlich-rechtliche Bankengruppen hohe Bedeutung haben. Der Zugang zu institutionellen und privaten Kundeneinlagen scheint den privatrechtlich verfassten Banken dieser Märkte auch ohne gemeinsame Sterbekasse gut zu gelingen.

Disclaimer
Dieses Dokument dient nur zu Informationszwecken und ist keine Aufforderung zur Tötigung von Transaktionen oder zum Abschluss irgendeines Rechtsgeschäftes. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stammen oder beruhen auf Quellen, die Independent Credit View AG (nachfolgend I-CV) als verlässlich erachtet. I-CV übernimmt jedoch keine Gewährleistung für die Richtigkeit, Aktualität oder Vollständigkeit der Informationen. I-CV behält sich zudem vor, im Dokument geäußerte Meinungen ohne Vorankündigung und ohne Angabe von Gründen zu ändern. I-CV lehnt jegliche Haftung für Verluste aus der Verwendung dieses Dokuments und den möglichen rechtlichen, regulatorischen, steuerlichen und buchhalterischen Konsequenzen ab. Insbesondere haftet I-CV nicht für den Erfolg der von ihr abgegebenen Empfehlungen. Ratings beziehen sich einzig auf Kreditrisiken. Insbesondere berücksichtigen Ratings das Zinsänderungsrisiko und andere Marktrisiken nicht. Das vollständige oder teilweise Reproduzieren oder Veröffentlichendes dieses Dokuments ist nicht gestattet.

Valide Gründe wären allenfalls Informationsasymmetrien und negative externe Effekte, die über die von der gesetzlichen Einlagensicherung adressierten Probleme hinausgingen und zudem nur Deutschland betreffen. Vielleicht hält ja der BdB deutsche Sparer für weniger clever und daher für schutzbedürftiger als etwa Finnen oder Griechen. Guter marktwirtschaftlicher Gepflogenheit entspräche es jedoch, erst solche Marktunvollkommenheiten zu beheben, bevor man die Sozialisierung von Lasten propagiert. Gerade Rechnungslegung und Regulierung bieten in elementaren Fragen noch viel Potential.

So hat Bundesfinanzminister Scholz eine Finanzmarktaufsicht mit Biss angekündigt. Dem Vernehmen nach hat er zumindest für die Anliegen einzelner Banken ein offenes Ohr. Zeit wäre es, auch den berechtigten Interessen von Gläubigern Gehör zu schenken. Dass dann schon solides Handwerk reicht, zeigen drei Beispiele. Es ist so wahr wie peinlich, dass deutsche Banken immer noch Jahresabschlüsse veröffentlichen können, die keine aussagekräftige Information über ihr grösstes Risiko, die Qualität ihrer Kredit- und Wertpapierbestände, bietet. Gestaltungen, wie sie z.B. in Hamburger Bankgesellschafterkreisen goutiert und rege genutzt werden, verhöhnern die Berichterstattung über verbundene Parteien und das Finanzholding-Konzept. Jahresabschlüsse, die erst im zweiten Halbjahr vorgelegt werden, mögen das Bedürfnis der Banken nach Diskretion stillen, lassen aber Respekt vor den Gläubigern vermissen und die Banken selbst im internationalen Vergleich alt aussehen. BaFin und EZB sollten hier für Form, Inhalt und Zeitpunkt der Abschlüsse mittels MaReporting strikte Vorgaben machen und so Gläubigern eine zeitnahe Erfüllung ihrer Sorgfaltspflicht erlauben. Wer Marktdisziplin will und zur Not auch Gläubiger an Sanierungs- und Abwicklungskosten beteiligt, muss angemessene, zeitgemässe Transparenz schaffen, auf Bank- wie auf Marktebene. Die Aufsicht könnte sich so zudem elegant mancher Problemfälle entledigen und gegen unsinnige Kritik feien. Commerzbank, Deutsche Bank, HVB und ING sollten auf nationaler Ebene vorleben, was sie auf europäischer Ebene kritisieren, statt sich wieder und wieder die Bonbons aus den Taschen nehmen zu lassen. Eine Marktberichtigung dürfte auch ihrer Bonität und Rentabilität zugute kommen. Nötig ist es.

Disclaimer

Dieses Dokument dient nur zu Informationszwecken und ist keine Aufforderung zur Tötigung von Transaktionen oder zum Abschluss irgendeines Rechtsgeschäftes. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stammen oder beruhen auf Quellen, die Independent Credit View AG (nachfolgend I-CV) als verlässlich erachtet. I-CV übernimmt jedoch keine Gewährleistung für die Richtigkeit, Aktualität oder Vollständigkeit der Informationen. I-CV behält sich zudem vor, im Dokument geäußerte Meinungen ohne Vorankündigung und ohne Angabe von Gründen zu ändern. I-CV lehnt jegliche Haftung für Verluste aus der Verwendung dieses Dokuments und den möglichen rechtlichen, regulatorischen, steuerlichen und buchhalterischen Konsequenzen ab. Insbesondere haftet I-CV nicht für den Erfolg der von ihr abgegebenen Empfehlungen. Ratings beziehen sich einzig auf Kreditrisiken. Insbesondere berücksichtigen Ratings das Zinsänderungsrisiko und andere Marktrisiken nicht. Das vollständige oder teilweise Reproduzieren oder Veröffentlichen dieses Dokuments ist nicht gestattet.